Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Unfruchtbare Gespräche in Genf

Die Genfer Konferenz der Außenminister hat die Verhandlungen am 13. Juli genau dort wieder aufgenommen, wo sie vor der dreiwöchigen Konferenzpause angelangt waren. Ungeachtet des Bonner Wunsches nach einer «Entberlinisierung» der Konferenz drehte sich das Gespräch auch in der zweiten Runde um das Problem einer sogenannten *Interimslösung für Berlin.* Die strikte Weigerung Gromykos, den von den Westmächten anfangs Mai vorgelegten Friedensplan und die deutsche Wiedervereinigung zu diskutieren, ließ den zukünftigen Status der Berliner Westsektoren als einzigen Gesprächsgegenstand zurück, der Aussicht auf eine temporäre Einigung bot. Damit haben sich die westlichen Delegierten zur Behandlung gerade jenes Themas zwingen lassen, dem sie eigentlich aus dem Weg gehen wollten, um nicht unter dem Druck der Drohungen Chruschtschews verhandeln zu müssen, der für den Fall der Ablehnung seiner Pläne ein einseitiges Vorgehen gegen Berlin und den Abschluß eines sowjetisch-ostdeutschen Friedensvertrages angekündigt hatte. Die taktische Konzeption des Westens hatte ursprünglich darin bestanden, mit der Teilnahme an einer Viermächtekonferenz ihren Friedenswillen zu demonstrieren und in den Verhandlungen die Absichten der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erforschen. Zu dieser Taktik würde aber als logische Ergänzung gehören, daß das Gespräch dort abgebrochen wird, wo eine Fortsetzung nur darauf hinausläuft, den Sowjets etwas von ihren aus der Luft gegriffenen Forderungen abzumarkten und damit schon zufrieden zu sein, statt eines großen nur ein kleines Zugeständnis machen zu müssen. Immer und immer wieder ist der Bevölkerung Westberlins, zuletzt durch Staatssekretär Herter bei seinem Besuch in der geteilten Stadt, versichert worden, an ihren Rechten und Freiheiten werde kein Abstrich geduldet, und doch bewegt sich die Konferenz dauernd in gefährlicher Nähe zwar äußerlich geringfügiger, aber in ihren Auswirkungen bedenklicher Konzessionen. Mit der in Aussicht genommenen Kontrolle der Propagandatätigkeit in Ost- und Westberlin und mit der Begrenzung der Truppenzahl riskiert man, den Kommunisten Handhaben zu bieten, um sich immer wieder in die *Angelegenheiten Westberlins einzumischen.* Was aber noch wichtiger ist, durch eine solche Regelung würden die klaren und unzweideutigen Rechte der westlichen Alliierten, die aus dem Sieg über Hitler hervorgehen, verwischt und entwertet. Denn wozu braucht man eine Interimslösung, wenn das Besetzungsrecht weiterbesteht? Schon mit dem Eingehen auf dieses fatale Wort lassen die westlichen Delegationen Zweifel an ihrer Standfestigkeit erkennen, und je länger darüber diskutiert wird, um so mehr muß sich in Berlin und Deutschland der Eindruck verbreiten, daß die Westmächte nur auf Zusehen hin ihre Schutzmachtrolle in Westberlin weiterführen wollen.

Verzögerung des Konferenzabbruchs

Als sich die Regierungen von London, Washington und Paris zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion entschlossen, spielte bei dem Entscheid die Besorgnis mit, daß Chruschtschew imstande sein könnte, einen bewaffneten Konflikt um die Zufahrtswege Berlins in einen allgemeinen Atomkrieg ausarten zu lassen. Der britische Premierminister hat das Argument, Groß-

britannien wäre in einem Nuklearkonflikt der Hauptleidtragende, bei seinem Besuch in Washington ausgiebig verwendet, um Eisenhowers Zustimmung zum Gespräch mit den Sowjets zu erlangen. Seit der 27. Mai vorüber ist und seit Gromyko die Versicherung abgegeben hat, daß die Sowjetunion nach dem Ablauf der befristeten Interimslösung wenigstens während der darauffolgenden Verhandlungen keine einseitige Aktion gegen Berlin unternehmen werde, ist in Genf die Furcht vor einer Erneuerung der akuten Berlin-Krise geschwunden. Während nun die amerikanische und die französische Delegation die Konferenz am liebsten abbrechen möchten — unterstützt von Bonn, das aber nur behutsam auftritt, um nicht später als Konferenzsaboteur verschrien zu werden —, ist der *britische Außenminister* eifrig bemüht, doch noch ein Ergebnis zu erzielen, selbst wenn dieses nur in einer Aufzählung der gegenseitigen Positionen zuhanden einer *Gipfelkonferenz* bestehen sollte. Angesichts der Uneinigkeit der westlichen Delegationen bleibt als beste Hoffnung, daß der Sowjetvertreter, der außer einer Interimslösung hartnäckig einen paritätischen Gesamtdeutschen Ausschuß zur Aufnahme von Gesprächen über die Wiedervereinigung, verlangt, den die Westmächte nicht akzeptieren können, wie schon oft den Bogen seiner Forderungen überspannen und damit das Abgleiten der westlichen Positionen nochmals verhindern werde.

Der faktische Stillstand der Genfer Konferenz hat den gegenseitigen Visiten des sowjetischen Vizeministerpräsidenten *Koslow*, der als möglicher Nachfolger Chruschtschews gilt, in Amerika und des amerikanischen Vizepräsidenten *Nixon*, des erstplazierten Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, in der Sowjetunion eine verstärkte Aufmerksamkeit verschafft. Besuch und Gegenbesuch gehören in den Rahmen des sowjetisch-amerikanischen Kulturaustausches, auf den sich die Regierungen von Moskau und Washington vor einiger Zeit geeinigt haben. Im Verhältnis zur Amerikareise Mikojans hat Koslow nur noch einen bescheidenen Koexistenzerfolg beim amerikanischen Publikum erzielt. Anderseits ist Nixons klug durchdachte Rede bei der Eröffnung der amerikanischen Ausstellung in Moskau vom russischen Radio nur auf Englisch übertragen worden, so daß seine Schilderung des American Way of Life nicht zum breiten Publikum, für das sie bestimmt war, gelangen konnte. Viel wichtiger aber als die Wirkung in der Sowjetunion ist für Nixon das Echo zuhause, wo er mit seinen schlagfertigen Antworten auf Chruschtschews Anrempeleien seine Wahlposition für 1960 effektvoll vorbereitet.

Die Bedeutung des 20. Juli

Seit der neue deutsche Bundespräsident in der Person des christlich-demokratischen Landwirtschaftsministers *Lübke* gewählt ist, hat sich die Entrüstung über Adenauers Hin und Her in der Frage seiner eigenen Kandidatur wieder völlig gelegt. Der ungewisse Ausgang in Genf veranlaßt die Regierungspartei, sich der außenpolitischen Führung des Bundeskanzlers wieder willig anzuvertrauen. Ein Anlauf zur Reorganisation der Parteispitze ist gemacht worden, die die Verantwortung besser verteilen soll. Gleichzeitig hat auch die SPD eine Umstellung vorgenommen, wonach Ollenhauer sich auf die Parteiführung beschränkt und die Kandidatur für das Bundeskanzleramt in den nächsten Wahlen einem andern überläßt. Den Augenblick innenpolitischer Ruhe, in dem sich die Parteien mit sich selbst beschäftigten, hat der oberste Chef der Bundeswehr, *General Heusinger*, dazu benützt, um am 15. Jahrestag des mißglückten Anschlags auf Hitler vom 20. Juli 1944 die Tat der Verschworenen als vorbildlich für die Soldaten und Offiziere des neuen deutschen Heeres zu erklären. Noch besteht in Deutschland, vor allem in den Kreisen der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, keine einheitliche Beurteilung des Attentats. Vielen, die sich dem Gefühl der Mitverantwortung für die Kriegspolitik Hitlers dadurch entziehen, daß sie sich vor sich selbst

auf ihre Gehorsamspflicht berufen, fällt es schwer, die Tat jener Gruppe von Offizieren gutzuheißen, die sich, gestützt auf ihr Gewissen, vom Soldateneid lossagten. Für die geistige Führung der jungen deutschen Offiziersgeneration und für das Ansehen des neuen deutschen Heeres in der Welt aber ist es von unschätzbarer Bedeutung, daß das Opfer der Männer des 20. Juli von höchster Stelle gewürdigt worden ist.

Chruschtschews Absage der Skandinavienreise

Nachdem der sowjetische Ministerpräsident mit der Kampagne für eine neutrale Zone im Ostseegebiet seine geplante Skandinavienreise ausgiebig vorbereitet und auch die Regierungen der DDR und Polens in seine Propaganda eingespannt hatte, hat er seine Besuche in den nordischen Hauptstädten plötzlich mit einer wenig überzeugenden Begründung abgesagt. Den Einladungen der skandinavischen Regierungen waren überall scharfe Kontroversen vorausgegangen, und die bürgerliche Presse hatte aus ihrer Abneigung gegen den Empfang des Sowjetdiktators kein Hehl gemacht. Wenn Chruschtschew aber diese unfreundlichen Stimmen als Grund für seine plötzliche Absage angibt, so kann man ihm kaum glauben. Ein gewisser Ärger über die mangelnde Ehrerbietung mag mitgewirkt haben, aber — wenn man von einer Erörterung des Gesundheitszustands des alternden Sowjetführers absehen will — wahrscheinlich ist, daß Chruschtschew gleichzeitig eine bestimmte Absicht verfolgt: die skandinavischen Regierungen in Verlegenheit zu bringen, Zwietracht zwischen den sozialdemokratischen Regierungen und der bürgerlichen Opposition zu säen und jene sozialistischen Kreise zur Rebellion zu ermuntern, die eine sowjetfreundliche Politik befürworten. Das Ganze paßt in den Rahmen des in letzter Zeit an verschiedenen Stellen sichtbar gewordenen Feldzugs gegen den sozialdemokratischen Antikommunismus und die NATO-Politik sozialistischer Länder. Für die Regierungen war die Absage Chruschtschews äußerst peinlich, wie man aus ihren Antworten an Moskau entnehmen kann, in denen sie ihrem Bedauern über das Nichtzustandekommen der Reise Ausdruck gaben. Der schwedische Außenminister hielt es sogar für nicht unter seiner Würde, die feindselige Haltung der Oppositionspresse zu tadeln, die den sowjetischen Gast persönlich gekränkt und ihn von der Reise nach Schweden abgehalten habe. In dieser Haltung offenbart sich eine Beflissenheit, Chruschtschews Launen entgegenzukommen, die man nur mit Bedenken zur Kenntnis nimmt.

Kleine Freihandelszone

Schließlich ist zu verzeichnen, daß sieben europäische Länder, darunter die Schweiz, übereingekommen sind, anstelle der gescheiterten Freihandelszone aller OECE-Länder eine sogenannte Kleine Freihandelszone als *Gegenstück zum Gemeinsamen Markt* zu schaffen, in der die Zölle im gleichen Maß wie unter den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gesenkt werden sollen. Der von Frankreich, Westdeutschland, Italien und den drei Beneluxländern gebildeten EWG tritt eine neue Handelsgruppierung entgegen, die England, die drei skandinavischen Länder, Österreich, die Schweiz und Portugal umfaßt. Der neuen Organisation liegt die Idee zugrunde, einen Druck auf die Länder der EWG auszuüben, um sie zu veranlassen, ihren Gemeinsamen Markt für eine weitere Verbindung mit den übrigen europäischen Staaten in einer großen Freihandelszone zu öffnen. Ob das Ziel erreicht wird oder ob wir am Beginn einer dauernden handelspolitischen Spaltung Europas stehen, bleibt abzuwarten.

Nemo

Das Fiasko der Flexibilität

In der angesehenen amerikanischen Vierteljahresschrift *Foreign Affairs* (Vol. 37, Nr. 4, Juli 1959) untersucht *Henry Kissinger*, einer der besten Kenner der weltstrategischen Probleme, in seinem Artikel *The Search for Stability* die theoretischen Möglichkeiten eines Sicherheitsabkommens der Westmächte mit der Sowjetunion, um dann zu einigen bitteren Betrachtungen über die westliche Politik überzugehen, die wir hier auszugsweise wiedergeben:

Wir stehen vor dem Problem, daß die Sowjetunion wahrscheinlich alle Vorschläge zurückweisen wird, die für uns tragbar sind. In diesem Fall ist es wesentlich, daß wir bereit sind, den Fehlschlag unserer Bemühungen einzugestehen und weder eine Übereinkunft noch Verhandlungen an sich als erstrebenswertes Ziel anzusehen. Unsere Reaktion sollte in einem engeren Zusammenschluß und nicht in einer Wiederholung der gegenseitigen Vorwürfe der letzten sechs Monate bestehen. Der Westen sollte begreifen, daß sein fehlender innerer Zusammenhang der tiefste Grund für seine mangelnde Flexibilität ist und daß die Weigerung, die strategische Situation zur Kenntnis zu nehmen, den Grund unserer Schwäche bildet, die sowjetische Pressionen geradezu herausfordert.

Der Westen sollte sich von der sowjetischen Bedrohung nicht lähmen lassen. Der Bereich schöpferischer Tätigkeit im Westen und in Gebieten, wo keine Zusammenarbeit mit den Sowjets, sondern nur Vorstellungskraft und Energie nötig sind, ist weit. Sie sollte sich mit der Verstärkung des inneren Zusammenhalts im Westen wie mit der Verbesserung der Beziehungen zu den *Entwicklungsländern* befassen. Insbesondere scheint es an der Zeit, die Möglichkeit der Schaffung föderativer Institutionen für das ganze Gebiet der Atlantischen Gemeinschaft, vielleicht zunächst nur in ganz loser Form, zu prüfen. Denn der Westen, der den Nationalstaat zuerst hervorbrachte, ist auch das Gebiet, wo seine Grenzen am offenkundigsten sind. Kein einzelnes Land der Atlantischen Gemeinschaft kann seine Probleme isoliert lösen. Die westlichen Anstrengungen in den neu zur Unabhängigkeit gelangten Staaten werden dem Zufall ausgeliefert bleiben, wenn jedes Mitglied der Gemeinschaft sein eigenes Programm ohne Rücksicht auf eine generelle Konzeption entwickelt. Das Sicherheitsproblem ist auf der Basis einzelner nationaler Souveränitäten unlösbar, denn die Versuchung, Immunität durch Neutralität zu erkaufen, ist zu groß, und die Tendenz, die größte Anstrengung und das schwerste Risiko andern Mitgliedern der Allianz zuzuschieben, zu sehr verbreitet. Europa muß in der Atlantischen Gemeinschaft jenes Betätigungsfeld für seine Energie und seine Weitsicht finden, das ihm in früheren Jahrhunderten seine überseeischen Unternehmungen verschafften. Und Sicherheit wird es nur finden, wenn seine Völkergemeinschaft sich immer mehr als Einheit fühlt.

Solange dem Westen Richtung und Zusammenhang fehlen, vermag die Sowjetunion alle Streitigkeiten ihm zur Last zu legen. Man wird von ihm verlangen, daß er Probleme «löst», die die Sowjetunion künstlich schafft, und die Bereitschaft der Russen, sich mit weniger als ihren ursprünglichen Forderungen zu begnügen, als Kompromiß willkommen zu heißen. Unsere Bereitwilligkeit, zu Konferenzen die Hand zu bieten, führt uns dazu, in rein formellen Handlungen der Sowjets oder auch nur in ihrem Verzicht auf eine verletzende Sprache Zugeständnisse zu erblicken. Als Eisenhower seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz bekanntgab, erklärte er, daß die Sowjetnote vom 2. März «vernünftiger» gewesen sei, obwohl in ihr sämtliche Forderungen wiederholt waren, die die Krise überhaupt herbeigeführt hatten. Die einzige «Konzession» war der Verzicht auf eine so-

fortige Gipfelkonferenz. In ähnlicher Weise wurde von der westlichen Presse als ein «Sieg» bezeichnet, daß Gromyko nicht mehr darauf bestand, die Ostdeutschen am Konferenztisch der Vier sitzen zu lassen. Dabei hatten die Sowjets ihr Hauptziel erreicht: dadurch, daß ost- und westdeutsche Delegationen als Berater zur Außenministerkonferenz zugelassen wurden, machte der ostdeutsche Satellitenstaat einen bedeutenden Schritt in Richtung auf einen gleichberechtigten Status neben der Deutschen Bundesrepublik, und gleichzeitig erhielt die Forderung Auftrieb, daß die Wiedervereinigung von den beiden deutschen Regimes direkt geregelt werden müsse. Auf diese Weise ziehen die Sowjets aus ihrer Intransigenz doppelten Nutzen: sie können die Unsicherheit des Westens durch eine extreme Forderung verstärken und sich dann den Anschein der Konzilianz geben, indem sie sich auf eine Position zurückziehen, die immer noch beträchtlich über ihrem Ausgangspunkt liegt.

Die Verwechslung zwischen Verhandlungstechnik und -ziel hat zur Folge, daß die diplomatische Diskussion sich immer auf Fragen beschränkt, die für den Westen unangenehm sind, Fragen, die die Sowjetunion aufwirft und über die der Westen glaubt verhandeln zu müssen, weil die allgemeine Überzeugung dahin geht, daß keine Möglichkeit einer Vereinbarung übergangen werden darf, und weil die bloße Bereitschaft der Sowjets zu Gesprächen schon als «ermutigend» angesehen wird. Auf der andern Seite schreckt der Westen davor zurück, Themen zur Diskussion zu stellen, die der Sowjetunion unangenehm sein könnten, weil man glaubt, ein solches Vorgehen würde das Vertrauensklima zerstören. Die Diplomatie wird so zu einer Art politischer Kriegführung der Sowjets. Denn wenn wir nur über Fragen verhandeln können, die von den Sowjetführern als lösbar bezeichnet worden sind, darf es uns nicht überraschen, wenn die Aufmerksamkeit der Welt sich auf die *Symptome* statt auf die *Ursachen* der gegenwärtigen Schwierigkeiten konzentriert: auf die NATO statt auf die sowjetische Bedrohung, deren Folge sie ist, auf die — allzu unzulänglichen — Verteidigungsanstrengungen des Westens, statt auf die Übermacht der Sowjetstreitkräfte, die sie nötig machten, auf die Gefahr für den Frieden im Falle eines neuen Satellitenaufstandes, statt auf die sowjetische Unterdrückung, ohne die es keine Umsturzgefahr gäbe. Es wird die Illusion gezüchtet, daß der Kalte Krieg durch Proklamation beendet werden könnte.

Der Formalismus, mit dem der Westen an Verhandlungen herangeht, läßt die Frage zu, ob das größte Problem des Westens nicht im Fehlen einer *moralischen Überzeugung* liegt. Allzuoft wird die lobenswerte Tendenz, auch den Standpunkt des Gegners zu sehen, bis zu dem Punkt getrieben, wo man nicht mehr imstande ist, moralische Unterscheidungen zu machen. Dies führt beispielsweise zu den widersinnigen Argumenten, daß die Gewalttaten Stalins auf die Verweigerung der Aufnahme Rußlands in den Völkerbund im Jahre 1923 zurückgingen und daß die gegenwärtige Feindseligkeit Chruschtschews auf der Ablehnung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge vom Mai 1955 beruhe, wie in allem Ernst behauptet worden ist. Die NATO wird mit dem Warschauer Pakt gleichgesetzt, die britische Landung in Ägypten mit der sowjetischen Intervention in Ungarn, die amerikanischen Basen in Übersee mit den Satellitenstaaten.

In den kommenden Monaten wird man das Argument zu hören bekommen: weil die Sowjets und der Westen unannehmbare Vorschläge vorgebracht hätten, müsse die korrekte Lösung in einem mittleren Kompromiß bestehen — doch damit weicht man nur der Notwendigkeit einer verantwortlichen Stellungnahme zum Inhalt der einzelnen Propositionen aus und ermutigt die Sowjets noch mehr, extreme Forderungen zu stellen, um günstig markten zu können. Ebenso wird betont werden, der Westen sei verpflichtet, festgefahrene Verhandlungen durch neue Vorschläge wieder in Gang zu bringen — obwohl man damit die Sowjets zur Intransigenz

einlädt und sie zur Überzeugung bringt, daß ihre Unterhändler nur lange genug aushalten müßten, um immer neue und günstigere Angebote zu erzielen.

Verhandlungen sind unerläßlich. Aber es ist wichtig, sie ohne Illusionen zu führen. Wir brauchen nicht auf eine grundlegende Veränderung in der Sowjetunion zu warten, um an die Möglichkeit von Vereinbarungen glauben zu können. Erfolgreiche Verhandlungen kommen auch nicht dadurch zustande, daß man vorgibt, eine Entspannung liege allein im Belieben des Westens. Wenn die Sowjetunion auch nur die Hälfte von dem erhält, was sie in Berlin verlangt, dann handelt es sich nicht um einen Kompromiß, sondern um eine grundlegende und vielleicht verhängnisvolle Schwächung der westlichen Position. Der Westen muß ein viel ernsthafteres Ziel verfolgen, als die sowjetischen Absichten zu erraten. Wir tun uns selber Unrecht, wenn wir der Wünschbarkeit einer Entspannung und der Beendigung des Kalten Krieges zu viel Wert beimessen. Wir haben keine Zeit, über das Offenkundige zu streiten. Die Aufgabe des Westens ist nicht, die Wünschbarkeit des Friedens nachzuweisen, die allgemein anerkannt sein sollte, sondern die Möglichkeiten einer Regelung abzuklären, die unsere Sicherheit nicht gefährdet und unseren moralischen Auffassungen nicht widerspricht.

Berliner Brief

Ende Juli, im Augenblick, in dem dieser Bericht aus der Stadt verfaßt wird, deren Schicksal die Weltpolitik seit Monaten beherrscht, verhandelt man noch in Genf. Die erste Hürde in den von Chruschtschew aufgestellten Hindernissen und Fallen, haben die Berliner hinter sich. Der ominöse 27. Mai ist so alltäglich vorübergegangen, daß man nur aus den spitzen Glossen der hiesigen Presse an dieses Datum der Ablaufzeit des ursprünglichen Ultimatums des Kremlherrschers erinnert wurde. Seither sind schon wieder zwei Monate verstrichen, ohne daß sich in Berlin irgendetwas geändert hätte. Der ganze Nervenkrieg verlagerte sich in die anderen Gebiete, an den Genfersee, nach Warschau und Moskau, wo Chruschtschew sich wieder urbi et orbi in den wechselvollen Szenen der scheinheiligen Friedfertigkeit bis zur massiven Aggressivität präsentiert hat. Und während sich in der gastlichen neutralen Schweiz das diplomatische Debakel acht mühsame Arbeitswochen hinschleppt, ist die psychologische und moralische Verfassung der Berliner Bevölkerung, um deren Los doch im Grunde genommen gerungen wird, gemessen an den psychischen Belastungen, welche das immer noch andauernde Unentschieden in Genf mit sich bringt, erstaunlich gut. Diese Feststellung darf allerdings von den Unbeteiligten und Außenstehenden nicht so ausgelegt werden, als ob die Einwohner Berlins ein Volk von Heroen sei, das gegenüber jeglichen Nervenproben gewappnet ist. Dies von den Berlinern zu erwarten, trotz ihrer auf Grund jahrelanger Erfahrungen erworbenen Abgebrühtheit in bezug auf die russischen Methoden und der angeborenen Schnoddrigkeit, hieße das Unmögliche und Absurde wollen. So ist es beileibe nicht. Ein gewisser Abnützungsprozeß, wenn auch nur in einem äußerst geringen Maßstabe sichtbar, ist doch nicht abzuleugnen. Das ist keine Schande für die bedrängte Stadt und ihre Einwohnerschaft, sondern vielmehr ein Symptom, daß man für machtpolitische Situationen und diplomatische Kräfteverlagerungen ein feines Ohr des hauptstädtischen Menschen, trotz der territorialen Abgeschnittenheit von den großen Zentren der internationalen Politik, nicht verloren hat.

Ein solcher Prozeß ist zum Teil durch den

Gang der Verhandlungen in Genf bestimmt worden. Denn man muß bedenken, daß der Durchschnittsberliner seit Beginn der Kraftprobe zwischen Ost und West, das heißt seit dem Tag, als das alliierte Idyll mit dem Schnauzbart im Kreml sich in einen Zwist gerade in dieser Stadt an der Spree verwandelte, von einem Leisetreten der Westmächte, das diesmal in Genf mitunter so still wird, daß man hier nur die robusten Marschschritte der roten Divisionen ringsherum um Berlin hört, nicht überrascht werden konnte, weil die Staatsmänner, welche in den vergangenen Jahren der Macht aus dem Osten die Stirn geboten hatten, die Drohungen mit den Drohungen parierten, auf die haltlosen Beschuldigungen mit überzeugenden Anklagen antworteten und keinen einzigen Augenblick den Anschein der Schwäche verrieten. So war es unter Truman, Acheson, Dulles, Churchill oder Schuman. Leider vermag der in Berlin ansässige Beobachter des diplomatischen und ideologischen Ost-West-Gefälles von der letzten Genfer Außenministerkonferenz und was noch mehr ins Gewicht fällt, von dem Echo, das dieses durchaus wichtige Gespräch an der Spree hervorruft, nicht das Gleiche zu behaupten. Die Westberliner Presse ist auf Grund eines wahrhaften Gefühls der Solidarität mit den Westmächten, deren Truppen und politische Vertreter man in der einstigen Hauptstadt Deutschlands seit der Blockadezeit in den Jahren 1948/49 nicht mehr als fremde Okkupanten ansieht, sondern als Freunde, Verbündete und Beschützer betrachtet, und zum Teil auf Grund der Überlegungen, daß drüben östlich des Brandenburger Tors feindliche Brüder an dem Hebel der Macht sitzen, die auf jeden Spalt in der Vertrauensbasis zwischen den westlichen Schutzmächten und der Westberliner Öffentlichkeit ungeduldig warten, mit einer berechtigten Kritik an den Verhandlungsmethoden des Westens äußerst zahm und zurückhaltend.

Man braucht sich aber nur einmal unter das einfache Volk zu begeben, mit den Angestellten, Verkäuferinnen, Arbeitern, Straßenbahnschaffnern geschweige denn mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone zu sprechen, um feststellen zu können, daß unter der Oberfläche der konformistischen Solidarität mit der Handlungsweise der westlichen Diplomaten am Genfer Konferenztisch, durch den von Chruschtschew aufoktroyierten Zermürbungskrieg am grünen Tisch in Genf langsam — vielleicht nicht verheerende, aber zweifellos spürbare — Verwüstungen in der bisherigen Vorstellungswelt von dem Widerstandsgeist des Westens entstehen. Diese Reaktion ist durch den Segen der Natur, einen ungewöhnlich schönen, sonnigen und heißen Hochsommer, gemildert worden. Die Ferienzeit, die Möglichkeit noch immer normal verreisen zu können — wenn man die Grenzkontrollen der Volkspolizei und die Autobahngebühren für den ostdeutschen Staat überhaupt als normal bezeichnen kann —, läßt die Mehrzahl der Bevölkerung zeitweilig das unerquickliche Thema der Politik vergessen.

Wirtschaftlich hat sich Westberlin auch durch die letzten Monate seit Beginn der Genfer Verhandlungen außerordentlich günstig gehalten. Man verzeichnet nicht die geringsten Schwankungen an der Börse, von einer Kapitalflucht ist keine Rede, und die Kredite fließen in der alten Höhe in die Stadt hinein. Es wäre falsch, anzunehmen, daß Berlin nur von den Almosen lebt und eine Art des politischen Reservats ohne eigene Existenzgrundlage und ohne wirtschaftliche und industrielle Anstrengungen ist. Ungeachtet der Tatsache, daß eine Stadt, die durch ihren früheren hauptstädtischen Charakter einen Überschuß an den in den verschiedenen Verwaltungsbranchen Beschäftigten aufwies, kann die gegenwärtig bei 52% liegende Zahl der in der Gütererzeugung tätigen Westberliner bei der Berücksichtigung aller Schikanen, die sich auf den Zufahrtsstraßen ergeben, nicht groß genug bewertet werden. Verglichen mit den großen Industriezentren der Bundesrepublik ist das natürlich keine Höchstgrenze, aber immerhin ein imponie-

rendes Faktum. Westberlin hat im vergangenen Jahr Industriewaren nach Westdeutschland und ins Ausland für etwa 5,6 Milliarden DM verkaufen können, und schon allein diese Tatsache zeugt davon, daß der kommunistische Osten eine derartige Fülle von Industriegütern und mit den gleichwertigen Gegenleistungen nie abnehmen könnte. Natürlich kommen der Stadt große Vergünstigungen seitens der Bundesrepublik zugute. Man zahlt in Westberlin um 20% weniger Steuern als im Bundesgebiet, und wer in Westberlin Waren einkauft, erhält eine 4%ige Senkung an Umsatzsteuer. Der Bund stellt dem Westberliner Senat 835 Mio DM Zuschuß pro Jahr zur Verfügung. Darüber hinaus hat der westdeutsche Kapitalmarkt, der die meisten größeren Aufträge Westberlins finanziert, in vielen Fällen langfristige Verträge abgeschlossen, die sich sogar auf zehn Jahre erstrecken .Man gibt sich dennoch mit dem bereits jetzt Erreichten nicht zufrieden und man denkt an neue Pläne, damit durch die Erhöhung der Produktionskapazitäten und die strukturellen und funktionellen Änderungen in der Beschäftigung neue Kraftquellen finanzieller Natur entstehen.

Schon aus dieser fragmentarischen Übersicht kann man ersehen, was mit der russischen Offensive gegen Berlin auf dem Spiel steht. Westberlin ist durch tausend Fäden mit der Bundesrepublik verbunden, und wenn diese Fäden abgeschnitten werden sollten, so würde in dieser Stadt eine infernalische Situation entstehen. Das von Chruschtschew vorgeschlagene künstliche Gebilde, die sogenannte Freistadt Westberlin, würde sich nicht einen Tag halten können und müßte in einer Rekordzeit in der kommunistischen Misere des Ostens versinken. Das wissen die kommunistischen Drahtzieher des Nervenkrieges gegen Berlin besser als Jedermann im Westen. Und deshalb versuchen sie so hartnäckig, die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Existenz Westberlins zu zerstören, weil sie gegen dieses gemeinsame Zusammenwirken der Westmächte und der Bundesrepublik mit der arbeitsamen und von Initiativgeist erfüllten Bevölkerung in einem offenen und aufrichtigen Konkurrenzkampf nicht aufkommen können.

Es gibt allerdings manche Tücken, die sich aus den recht diffizilen Zusammenhängen zwischen den alliierten Kompetenzen und der finanziellen und teilweise staatsrechtlichen Hoheit der Bundesrepublik ergeben. Manche verantwortlichen Politiker in Westberlin verweisen nicht ohne Recht darauf, daß die westlichen Außenminister auf der Konferenz in Genf nicht ganz klar die Verbundenheit der Stadt und des Landes Berlin mit Westdeutschland und mit dem Bund herausgestellt hätten, um jegliche eventuelle Schwierigkeiten vorzeitig auszuschalten. Auf alle Fälle ist man in Westberlin von vornherein gegen die sowjetrussischen Manipulationen mit dem sogenannten gesamtdeutschen Ausschuß negativ eingestellt, denn man ahnt mit Recht, daß dadurch automatisch dem ostdeutschen Staat die Möglichkeit gegeben würde, sich in die politischen und wirtschaftlichen Fragen Westberlins einzumischen.

Was die Verbindungen dieser Vorhut der westlichen Welt inmitten des kommunistischen Imperiums mit den großen Metropolen des Okzidents in geistig-politischer und kultureller Hinsicht angeht, so waren alle Befürchtungen, daß die sowjetrussische Offensive zu einer Isolierung der Stadt führen könnte, bisher völlig unbegründet. Westberlin erlebte im Frühjahr und in den ersten Sommermonaten zahlreiche und repräsentative Veranstaltungen, Tagungen und Kongresse, die eine wechselvolle Wirkung zur Folge hatten. In Scharen kamen Besucher aus Westeuropa, aus Übersee und aus den Ländern Asiens und Afrikas, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, wie absurd und abwegig die sowjetrussischen Märchen über die Gefährlichkeit dieser Stadt sind. Den Berlinern flößte dieser rege Verkehr mit dem nahen und fernen Ausland das Gefühl der Zuversicht ein, daß man weder ver-

gessen noch verlassen wird. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn repräsentative Persönlichkeiten des politischen Lebens der Großmächte von ihrem Präsenzrecht in Westberlin häufiger und rascher Gebrauch gemacht hätten, als das der Fall war. So hätte man sich wünschen können, daß der Nachfolger des verstorbenen großen amerikanischen Außenministers Dulles, Christian Herter, schon früher den Weg nach Berlin genommen hätte, um angesichts der kontinuierlichen Bedrohung der Stadt durch die roten Imperialisten die Macht der USA zu manifestieren. Daß dies in der späten Phase der Genfer Konferenz und glücklicherweise nach den neuen Drohreden Chruschtschews immerhin noch erfolgt ist, hat in Westberlin ein günstiges Echo gefunden und hat weitgehend die hie und da auftretenden Befürchtungen, daß Amerika zu einem faulen Kompromiß mit Sowjetrußland geneigt sei, zunichte gemacht.

Alexander Korab

Innenpolitische Tagesfragen

Die Jurafrage

Die Volksabstimmung vom 5. Juli im Kanton Bern dürfte die Frage eines Kantons Jura für lange Zeit, wenn nicht für immer, aus dem Bereich der Probleme, die zu politischen Entscheidungen Anlass geben, eliminiert haben. Der Entscheid war insofern deutlich, als die Separatisteninitiative an der Urne weniger Unterstützung fand, als sie Unterschriften getragen hatte. Auch ließe sich aus den drei Amtsbezirken, die zustimmende Mehrheiten erbrachten, kaum ein lebensfähiger Kanton bilden. Der Jura als Ganzes hat ebenfalls, wenn auch nicht mit großem Mehr, verworfen. Und doch ist es ein höchst bemerkenswertes Faktum, daß in der Schweiz eine Minderheitenfrage bestanden hat. Tradition, föderalistischer Aufbau, freiwilliger Proporz und die Achtung vor den Minderheiten lassen sonst Minderheitsprobleme nicht aufkommen. Eine gewisse Resignation der Welschen, die auch bei proportionaler Vertretung «sowieso» immer, in den Räten, in der Verwaltung, in Kommissionen in Minderheit sind, läßt sich aber oft beobachten. Hier, im Jura, bildete sich aber eine oppositionelle Gruppe, die an einem kleinen Anlaß (einer unerwünschten Direktionszuteilung an einen jurassischen Regierungsrat) aufbrandete und eine eigene Wochenzeitung, eine eigene Hymne, ein jährliches Fest schuf. Gewiß, sie hat auch im Jura eine Mehrheit nicht gefunden, und wenn sie dies der «Kolonie» der eingewanderten «Berner» zuzuschreiben versucht, so gesteht sie damit nur ihre ungenügende Assimilationskraft ein. Allein ein Lokalblatt (das «Oberländer Tagblatt») hat doch die richtige Formulierung gefunden, wenn es schrieb, daß «einmal drei seiner schönsten Amtsbezirke sich (von Bern) haben trennen wollen», und zwar mit klaren Mehrheiten. Wo mag der Grund liegen? Den Schlüssel zur Erklärung mag das Sprichwort bieten: «On a les défauts de ses qualités.» Der Berner des alten Kantonsteils ist ein prägnanter, selbstsicherer, in sich ruhender Volksschlag. Er und der übrige Schweizer denkt kaum an den Jurassier, wenn von Bernern und bernischen Eigenschaften gesprochen wird. So kommt der Jurassier zu kurz. Es liegen gute Gründe vor, wenn in den Kommentaren der bernischen Presse auf die Pflicht aufmerksam gemacht worden ist, in Zukunft der Eigenart des Jura alle Aufmerksamkeit und Rücksicht angedeihen zu lassen. Dazu besteht ein guter Anfang aus den letzten Jahren. Dann kann die Jurafrage von innen heraus unaktuell werden. Es ist ein gutes Vorzeichen, daß die

Presse der welschen Schweiz die Eindeutigkeit und Verbindlichkeit des Volksentscheides voll anerkennt. Bar jeden Verständnisses steht man nur der Tatsache gegenüber, daß sich in dieser doch so wichtigen Frage im alten Kantonsteil nur genau ein Drittel der Stimmberechtigten an die Urne bemüht hat.

Vertrag oder Gesetz?

Der Entscheid des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, eine Initiative auf Einführung der gesetzlichen 44Stundenwoche zu ergreifen, zeigt, daß es nicht gelungen ist, Geist und Haltung des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverbandes auf den Gewerkschaftsbund zu übertragen. Der SMUV selber aber ist seinem Kurs, der seinen gefestigten Ausdruck im Vorrang des Vertrages vor dem Gesetz und im Friedensabkommen findet, treu geblieben. Er wird die Initiative nicht unterstützen. Ihre ohnehin nicht guten Aussichten werden dadurch weiter verschlechtert. Wird sie verworfen, so wird das einen Rückschlag für die heutige Mehrheit im Gewerkschaftsbund und den Angestelltenverbänden bedeuten. In der Zwischenzeit dürften die Beratungen am Arbeitsgesetz stecken bleiben und die Vertragsverhandlungen schwieriger zu werden.

Es muß angenommen werden, daß die inneren Schwierigkeiten im Gewerkschaftsbund andauern. Er hat für einmal die Flucht nach vorn, in die Aktivität, gewählt. Der Zermürbungsprozeß, dem er ausgesetzt ist, kommt von der Landesringinitiative her. Er hätte wohl vermieden werden können, wenn sich der ganze Gewerkschaftsbund und alle seine Sektionen, so wie es der damalige Präsident *Steiner* tat, kompromißlos gegen jenes schlaue Spaltungsmanöver gewandt hätten. Nachdem man aber den Bazillus hat eindringen lassen, hat er sich ausgebreitet. Dabei ist die beschlossene Initiative insofern ein Verlegenheitsprodukt, als sie sich nur in der Formulierung, nicht aber in der Sache von der Landesringinitiative unterscheidet, die man letzes Jahr noch bekämpft hat. Vor allem fehlt jede Sicherung des Lohnausgleichs. Es wäre für unser Land und unsere Wirtschaft, aber auch für die Arbeitnehmer besser gewesen, sich dem Vertrag und der Aussprache zu verschreiben, statt dem Gesetz und dadurch dem Vertragsgedanken, trotz seiner rhetorischen Anerkennung im Initiativtext, schweren Abbruch zu tun.

Neues Parteiprogramm

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hat sich ein neues Programm gegeben. Sie tat es nicht, weil sie neue begeisternde Ziele vor sich gesehen hätte, sondern weil das alte Programm in die heutige Zeit einfach nicht mehr hineinpaßte. Es trägt so viel Altersstaub, daß nichts mehr mit ihm anzufangen war. Man mußte vom Alten weg und suchte daher Neues, wie man irgend einmal einen neuen Hafen ansteuern muß, wenn man den alten verläßt. Das Sozialisierungs- und Planwirtschaftsprogramm «Plan der Arbeit» ist damit begraben. Es ist dabei zu bemerken, daß es sogar in der Partei selber nie rechte Aktualität gewonnen hatte.

Das neue Programm wird das politische Bild der Schweiz praktisch nicht verändern. Man muß sich aber im klaren darüber sein, daß ein «demokratischer» Sozialismus heute gefährlicher sein kann als ein solcher, der sich zur Diktatur bekennt, damit aber nicht ernst macht oder keine Aussicht hat, durchzudringen. So haben die demokratischen Sozialisten Englands die Verstaatlichung wichtiger Industrien auf ihre Fahne geschrieben, mit der Nebenwirkung, daß schon ein drohender und erst recht ein Wirklichkeit werdender Wahlsieg die englische Währung und die Gesundung der englischen Wirtschaft in eine sofortige schwere Gefahr bringen würde. Anderseits hat der demokratische Sozialismus in Schweden, der seit bald 30 Jahren regiert, wobei er nie an Verstaatlichung dachte, das Land finanziell ruiniert. Durch Aufblähung der Ausgaben wurde erreicht, daß das laufende Finanzjahr mit rund drei Milliarden Kronen Defizit abschließen dürf-

te, daß jede fünfte ausgegebene Krone nicht durch Einnahmen gedeckt ist und daß der Staat so viel Kredit aufnehmen muß, daß für die Modernisierung der Wirtschaft zu wenig Kapital bleibt. Es ist dort allerdings auch so, daß der Bezüger kleiner Einnahmen durch direkte Steuern, die das Mehrfache der unsern ausmachen, mithelfen muß, den so kostspieligen Apparat des übertriebenen Wohlfahrtsstaates zu erhalten, während Mehrarbeit und Risiken sich nicht mehr lohnen. Der sozialdemokratischen Politik unseres Landes muss in erster Linie verwehrt werden, unser Land den «schwedischen» Weg zu führen, wozu sie bei ihrer grundsätzlichen Befürwortung hoher Ausgaben eine innere Neigung hat.

Erfreuliche Richtigstellung

Alt Bundesrat Dr. *Max Weber* hat unlängst einer Statistik des Internationalen Arbeitsamtes Publizität verliehen, nach der die Schweiz angeblich, gemessen am Volkseinkommen, unter 18 Ländern für die staatliche Sozialversicherung am zweitwenigsten aufwendet. Daß sich aus solchen Statistiken über die wirkliche soziale Lage nichts ableiten läßt, lag eigentlich auf der Hand. Schwerlich fände sich in der Schweiz ein Arbeitnehmer, der in die Länder umsiedeln möchte, die in der Statistik deshalb an vordere Stelle gerückt sind, weil sie ihre ungenügenden Löhne durch Sozialleistungen aufbessern müssen. Nun ist Dr. Weber unerwarteterweise in der Wochenzeitung des V. S. K. «Genossenschaft» vom 20. Juni 1959 ein Kritiker erwachsen. Dort wurde ausgeführt, daß, wie aus dem hohen Anteil der Unselbständigerwerbenden am Volkseinkommen hervorgehe, der Staat bei uns der Verteilung weniger nachhelfen müsse als anderwärts. «Das hohe, auf die breiten Massen verteilte Volkseinkommen und das Fehlen sozialer Not, wie sie andere Länder in mehr oder minder hohem Maß kennen, sind die Ursachen dafür, daß die Schweiz in der Rangordnung der Sozialleistungen als rückständig erscheint; das bedeutet aber keineswegs soziale Rückständigkeit.»

Entwurf zu einem Kartellgesetz

Zur Zeit liegt bei den Kantonen und Verbänden der Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Kartelle und ähnlichen Organisationen zur Prüfung und Begutachtung. Man hat ihm in den interessierten Kreisen mit Spannung entgegengesehen. Es ist weder die Zeit noch der Ort, hier ein umfassendes Urteil abgeben zu wollen. Hingegen sei festgehalten, daß der Entwurf in seinem zivilrechtlichen Teil stark an die Praxis anknüpft, die das Bundesgericht auf Grund des bestehenden Zivilrechts geschaffen hat. Damit bewegt er sich auf gutem Boden, geht aber — man möchte sagen in gleicher Richtung — darüber hinaus, so durch eine gewisse Schwächung der Kartellbindungen und durch Einschränkung des Bereichs, in dem sich Schiedsgerichte betätigen dürfen. Hierdurch soll der Fortbildung der richterlichen Praxis und der wissenschaftlichen Diskussion der Weg geöffnet werden. Im verwaltungsrechtlichen Teil unterscheidet sich der Entwurf vorteilhaft von neueren ausländischen Gesetzen, indem nicht eine Verwaltungsinstanz, sondern ein Spezialgericht die Entscheide fällen soll. Damit wird unterstrichen, daß auch in der verwaltungsrechtlichen Praxis vor allem ermittelt werden soll, was rechtlich zulässig ist und was nicht. Auch da soll Recht gesprochen und nicht Wirtschaftspolitik getrieben werden, so sehr der Richter auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wird studieren und berücksichtigen müssen. Dem gegenüber ist im Ausland doch mehr oder weniger die Untersuchungsinstanz und Klagebehörde auch entscheidende Stelle. Der Entwurf ist hier ein großes Stück subtiler.

Strukturpolitik in der Landwirtschaft

Im Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen steht die Befragung der Verbände über den Entwurf zu einem Bundesgesetz über Investitionsdarlehen in der Landwirtschaft unmittelbar bevor. Diese Darlehen sollen vor allem der Aufstockung zu kleiner Betriebe,

der technischen und baulichen Modernisierung und dergleichen dienen. Ferner steht eine Revision der Verordnung über Bodenverbesserungen und Güterzusammenlegungen in Vorbereitung mit dem Ziel, diese zu beschleunigen. So bereitet sich der Bund vor, mit erheblichem Aufwand auf eine Modernisierung unserer Landwirtschaft hinzuarbeiten, ein gewiß hochaktuelles Vorhaben. Damit es tragbar bleibt, wäre Zurückhaltung bei den laufenden Ausgaben geboten, wovon aber zur Zeit leider noch nichts zu sehen ist.

Helveticus

Zusammenarbeit in der freien Wirtschaft

VIII. Sommertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum

Unter dem Einfluß der technischen Errungenschaften einerseits und der politischen Einigungsbestrebungen anderseits steht die europäische Wirtschaft im Begriff, die überkommenen betrieblichen, regionalen und nationalen Schranken zu überwinden. Der Zug zur Zusammenarbeit ist darüber hinaus von der Überzeugung getragen, daß die freie Welt angesichts der totalitären Bedrohung dringend der Festigung des gesamtmenschlichen Verantwortungsbewußtseins bedarf. Mag indessen der Grundgedanke einer freien und gleichzeitig solidarischen Wirtschaft auch allgemeiner Anerkennung gewiß sein, so erweist er sich doch in der täglichen Praxis meist noch als unvollziehbar. Es fehlt an einer ordnungspolitischen Gesamtkonzeption, welche menschengemäße wirtschaftliche Ideen in realisierbare ökonomische Zielsetzungen zu verwandeln vermöchte. Man spricht zwar häufig von überbetrieblicher Zusammenarbeit, man organisiert Erfahrungsaustausch-Gruppen, besucht Konferenzen, gründet Vereinigungen; aber das Wissen um die Struktur und den tieferen Sinn wahrer Gemeinschaft ist weitgehend verschüttet, und die Begründung aufrichtigen Vertrauens zwischen den in den Konkurrenzkampf eingespannten Wirtschaftspartnern erscheint als ein mehr oder weniger utopisches Postulat.

Die Kluft zwischen dem als wünschbar Erachteten und dem tatkräftigen Wollen, die im Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit noch überaus tief ist, schließen zu helfen, war das Leitmotiv der vergangenen Sommertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum. *Stadtammann Dr. Emil Anderegg*, St. Gallen, sprach über die «Zusammenarbeit als Instrument der Gemeinschaftsbildung». Unsere im wesentlichen auf die Förderung der äußeren Wohlfahrt ausgerichtete Zivilisation läßt der Entstehung und Entfaltung echter Gemeinschaft kaum mehr Raum. Denn Gemeinschaft ist verankert im seelisch-geistigen Wesenskern des Menschen, während sich die moderne Zivilisation vor allem auf die Naturwissenschaften, die Technik und die darauf beruhende rationelle Güterproduktion stützt. Eine nähere Betrachtung zeigt indessen, daß wir heute mehr denn je auf die Pflege menschlicher Innerlichkeit angewiesen sind: Die Marktwirtschaft ist ohne Treu und Glauben im täglichen Verkehr nicht denkbar; die Demokratie lebt von der verantwortungsbewußten Rechtsgesinnung der Bürger; und niemals war die Entwicklung individueller Moralität notwendiger als zu einer Zeit, in der sich der Mensch zum Herrn über die Atomkräfte aufgeschwungen hat.

Die bewußte Kultivierung der moralischen Werte erhält daher gerade bei Bejahung des modernen zivilisatorischen Standards ein überragendes Gewicht. Durch die Ideengehalte des Christentums ist uns die

Richtung der damit geforderten Selbstbesinnung aufgewiesen; die Impulse, welche uns aus solcher Besinnung erwachsen, haben gemeinschaftsbildende Kraft, die durch Zusammenarbeit fruktifiziert werden kann. Drei Elemente kennzeichnen die gemeinschaftsbildende Zusammenarbeit: die Freiheit, die rechtliche Struktur und die wirtschaftliche Substanz. Ohne freiwillig geleisteten Einsatz der Beteiligten entsteht keine echte Gemeinschaft, während anderseits Freiheit gemeinschaftsbildende Zusammenarbeit auslöst, ohne daß man sie organisieren müßte. Dem Freiheitsimpuls muß allerdings die rechtliche Form, die Ordnungsstruktur eingeprägt werden, damit sich Gemeinschaft dauerhaft verwirkliche. Aber diese Ordnung darf niemals im Gegensatz zur Freiheit gedacht werden, weil sie ja nur in Freiwilligkeit zur Entstehung gelangt. Wirtschaftliche Substanz schließlich bildet das unentbehrliche dritte Moment realisierter Gemeinschaft. Aber auch das ökonomische Tätigwerden darf, wenn es gemeinschaftsbildend sein soll, nur auf freiheitlicher Ordnung gründen. Deshalb sind sowohl das wirtschaftliche «Raubrittertum» (der egoistische Kampf aller gegen alle), als auch der Ruf nach der staatlichen Planwirtschaft als ordnungspolitische Inkonsequenzen zu verwerfen. Dem Grundsatz echter Gemeinschaftsbildung entspricht einzig der Gedanke der auf Zusammenarbeit gründenden Solidarität aller am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Menschen.

Heute, da die Wirtschaft sichtbar im Zentrum unseres täglichen Tuns steht, sind wir ständig in Gefahr, den Gleichklang von Freiheit, Rechtlichkeit und wirtschaftlicher Solidarität zu zerstören, sei es durch die Überwertung wirtschaftlicher Leistung, ohne Rücksicht auf die sie bedingenden geistigen und rechtlichen Faktoren, sei es durch den kurzsichtigen Verzicht auf Freiwilligkeit, der — um das naheliegendste Beispiel zu nennen — die Bemühungen um eine dauerhafte Integration Europas an der Wurzel gefährdet.

Prof. Dr. Walter Heinrich von der Hochschule für Welthandel in Wien griff in seinem weitgespannten, zweiteiligen Vortrag über «Chaos oder Ordnung in der Wirtschaft» auf die bereits im Einleitungsreferat beleuchteten Krankheitserscheinungen unserer Zivilisation zurück, die er als einen Prozeß fortschreitender Entmittung des menschlichen Geistes charakterisierte. Die moderne Welt ist mehr und mehr zur eigentlichen «Schöpfung des Menschen» geworden — eines Menschen aber, der die von ihm eingeleitete Dynamik längst nicht mehr voll beherrscht und der Maßlosigkeit der zentrifugalen Kräfte zu erliegen droht. Deutliche Anzeichen für diese unheildrohende Tendenz sind die überdimensionierten Sozialgebilde, die Überwucherung des Apparathaften, die Mammut-Organisationen, der Raubbau an Natur und produktiver Schöpferkraft (der sich etwa darin zeigt, daß Stapellauf und Verschrottung eines — während der Bauzeit veralteten — Kriegsschiffes am selben Tag erfolgen!).

Indessen soll man ob all dem keineswegs einer pessimistischen Untergangsstimmung verfallen. Wir leben vielmehr in einer Zeit des Übergangs; die verstärkte Hinwendung zur Personalität, die Infragestellung des rationalen Weltbildes, der Durchbruch der modernen Physik zur Metaphysik — sie alle zeugen von der Wirklichkeitsgemäßheit dieser Deutung der geschichtlichen Entwicklung. Im Zeichen dieses Übergangs steht auch die Wiederentdeckung der kleinen Gemeinschaften, die Überwindung der Irrlehre von der unbedingten Überlegenheit des Großbetriebes und die neue Blüte der Klein- und Mittelbetriebe. Dezentralisation und Zusammenarbeit — so lautet das Stichwort der Gegenwart, das angesichts der Tatsache, daß übersteigerte Konzentration nicht nur soziologische, sondern auch rein produktivitätsmäßige Nachteile bringt, auf die Dauer auch bei kühlen Rechnern beachtet werden dürfte.

Aus dieser Sicht ergibt sich eine neue Deutung der Moderne als einer Synthese

aus Mittelalter und Neuzeit. Auf das Zeitalter der engen, zur Erstarrung tendierenden Gemeinschaften folgte — gleichsam als geschichtlicher Pendelschlag ins entgegengesetzte Extrem — die Zeit des freiheitsdurstigen, ungestümen Dranges zur wirtschaftlichen Machtentfaltung. Die Wahrheit aber, die sich heute anbahnt, liegt auf dem Wege der Mitte, in der Dezentralisation, der Selbstverwaltung, der freiwilligen Zusammenarbeit der sozialen Gruppen. Das Suchen nach der Mitte wird auch auf dem Gebiete der Wirtschaftstheorie spürbar. Die liberalistische Lehre vom selbsttätigen Mechanismus des Wettbewerbs, entstanden in Anlehnung an Darwins Idee der «natürlichen Auslese», hat bekanntlich der marxistischen Gegenbewegung gerufen, welche aus dem vorauszusehenden Vernichtungskampf der Wettbewerber die durchaus folgerichtige Konsequenz zog, den Staat als alleinige Ordnungsgewalt einzusetzen. Beide Grundgestalten wirtschaftlichen Ordnungsdenkens werden der Wirklichkeit nicht gerecht. Der Glaube an den organisationslos funktionierenden Wettbewerb verkennt die fundamentale Bedeutung bewußt gestalteter Ordnung; der Glaube an den Staat übersieht, daß eine Gemeinschaft auf allen Stufen ordnender Kräfte bedarf.

Die Stärkung dieser Kräfte muß angesichts der latenten Tendenz zu übersteigertem Zentralismus bei den kleinen und kleinsten Gemeinschaften beginnen. Zunächst im Haushalt. Zweifellos ist die erwerbstätige Frau heute teilweise unentbehrlich geworden. Aber darob darf man die ökonomische Bedeutung geordneter Haushaltführung nicht gering schätzen. Bezeichnend für die Aufwertung der wirtschaftlichen Urzelle jeder Gemeinschaft ist ein Experiment der Stadt Wien: 400 berufstätige Frauen werden während einer Versuchsperiode dafür bezahlt, daß sie ihre Arbeit zugunsten der Haushaltführung aufgeben. Das Experiment soll den Nachweis erbringen, daß auf diese Weise volkswirtschaftliche Kosten eingespart werden können, ganz abgesehen von den übrigen begrüßenswerten Folgen der Rückkehr der Frau in die Familie. Was die nächsthöhere Wirtschaftseinheit: die Unternehmung anbetrifft, so stehen wir mitten in einer Phase der Wiederentdeckung des Menschen, der kleinen selbstverantwortlichen Arbeitsgruppe und des maßvoll dimensionierten, überschaubaren Betriebes, in welchem das Gesetz der Subsidiarität (die Übertragung möglichst vieler Aufgaben an die unteren Stufen der Hierarchie) zu betriebswirtschaftlich erfolgreicher Ausprägung gelangt. Dieses Gesetz verdient bei der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung Europas in besonderem Maße Beachtung. Wir messen die erstrebenswerte wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinentes allzu sehr am Beispiel der USA und vergessen dabei, daß der höchst differenzierte Bedarf Europas niemals mit Großbetrieben allein gedeckt werden kann. Einer besonders pfleglichen Betreuung bedürfen schließlich die vielfältigen Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Persönliche, auf Dauer eingestellte Vertrauensbeziehungen zu Lieferanten und Kunden müssen das profitgierige Jagen nach dem billigen Preis ablösen.

All dies bleibt freilich solange Utopie, als es nicht gelingt, die Einstellung des Menschen zum Verbrauch im Grunde zu wandeln. Die im Zeichen der Massenproduktion geförderte Verschwendung volkswirtschaftlicher Güter wird, falls der «Virus der Prosperität» weiter um sich greifen sollte, trotz expandierender Wirtschaft schließlich im allgemeinen Bankrott enden. Denn das Ideal der rein dynamischen Wirtschaft ist auf den — nicht existenten — homo oeconomicus zugeschnitten. Der wirkliche, ganze Mensch erträgt indessen auf die Dauer nur eine auf das menschliche Maß ausgerichtete Wirtschaft, die aus der Zusammenarbeit der kleinen und großen Gemeinschaften erwächst und den individuellen Schöpferkräften freien Entfaltungsraum gewährt.

Gibt es einen Ersatz für den «Markt-

mechanismus»? Bedeutet das bewußte Einschalten privater Gemeinschaften in die Ordnungsstruktur der Wirtschaft nicht einen Rückfall ins überwundene Zunftwesen? Haben wir nicht allen Grund, die Kartellgebilde in die Schranken zu weisen? Wir dürfen solche Fragen — auf die sich die besonders lebhafte Aussprache konzentrierte — nicht nach dem Gedankenschema der heute üblichen Alternativen zu beantworten suchen. Der Wettbewerb hat ein Janusgesicht. Soweit er die Produktivität fördert, ist er zu bejahen. Soweit er aber die Wirtschaft durch ruinöse Machtkämpfe schädigt und die Menschen entzweit, entspricht er nicht den heutigen Erfordernissen. Analoges gilt bezüglich der privaten Verbände. Das Grundmotiv der Zünfte: die Pflege echter Kollegialität und beruflicher Tüchtigkeit, bleibt ewig gültig. Bloße kollektive Interessenvertretung ist dagegen nicht mehr zu rechtfertigen. Jede Gemeinschaft muß sich vielmehr zu einem verantwortungsbewußten volkswirtschaftlichen Organ entwickeln, dessen unersetzliche Funktion darin besteht, die beteiligten Menschen an konkreten, überschaubaren Problemen zu ökonomischer Sachlichkeit zu erziehen.

Die menschengemäße Wirtschaft läßt sich nicht auf dem Reißbrett entwerfen. Sie erfordert ein neues Denken, einen überzeugungsstarken Glauben an die ordnende Kraft der richtigen Idee und den Mut zum Wagnis, der auch Enttäuschungen und Rückschläge erträgt. Sie erfordert damit vor allem Unternehmer, die sich im «Prüfstand» unserer Zeit als standfest und den hohen Anforderungen gewachsen erweisen. Über diesen Unternehmer fand *Ernst Jucker*, Tann/Rüti, zum Abschluß der Tagung eindringliche Worte. In einer Wirtschaft, die den Menschen ins Zentrum stellt, muß zunächst der Unternehmer «in der Mitte stehen». Von seinem erfolgreichen Ringen um die eigene geistige Fundierung hängt weitgehend auch der äußere Erfolg seines Tuns ab. In allen Spezialbereichen und -fähigkeiten darf und muß er sich auf seine Mitarbeiter verlassen können; nur in der «Arbeit an sich selbst» gibt es keine Delegation. Das Geheimnis des durchschlagskräftigen Wirtschaftsführers liegt darin, daß er zum Lebensgestalter seiner selbst wird, der die gewonnene innere Sicherheit als echte Autorität auf seine Umgebung ausstrahlt. Wer die wirklichen Gewichte der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit den Mächten der Zerstörung erkannt hat, der wird niemals in dumpfen Pessimismus versinken; denn der archimedische Punkt unseres Zeitalters befindet sich nicht am Ort der größten äußerlichen Kräfteentfaltung, sondern in den Herzen der die Zukunft gestaltenden Menschen, zu denen in vorderster Linie die freien Unternehmer gehören.

Max Ulrich Rapold